

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungsbestellern und in allen Postämtern erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreise für Monat (bei Haus 2 RM, Halbmonat 1 RM); durch die Post bezogen monat 2 RM (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-L / Geschäftst. u. Expeditions-Adressen: Dresden-L, Wilsdrufferstr. 17/18, Postfach 17 259 / Postfachkonto Dresden Nr. 13 555, Emil Schlegel-Str. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang Montag, den 28. März 1927 Nummer 73

## Neue Mieterhöhungen

Die sächsische Regierung schenkt den Hausbesitzern neue Profite!

Bekanntlich hat die Reichsregierung beschlossen, die Mieten am 1. April und am 1. Oktober dieses Jahres um je 10 Prozent zu erhöhen. Die sächsische Regierung, die von den USPD-Parteien, den Demokraten und Aufwerklern unterstützt wird, hat gegen den neuen Raubzug auf die Taschen der Mieter nichts unternommen. Im Landtag verhinderten Wirtschaftspartei und USPD die Beratung der Entwürfe, nach denen die Regierung aufgehört wurde, gegen die Mieterhöhung Stellung zu nehmen. Jetzt haben die Regierungsparteien sich zum Raub auf die Taschen der Mieter verständigt. Die Regierung wird eine Änderung des Gesetzes über die Mietsteuern einbringen. Ueber die Sitzung veröffentlicht die Presse folgendes:

Freitag nachmittag fanden im Landtag neue Beratungen des interfraktionellen Ausschusses der Regierungsparteien über die Verteilung der Mittel aus den vom Reich beschlossenen Erhöhungen der Miete um 20 v. H. und über die Vorkauf der Wohnungswirtschaft statt. Es wurde eine Verständigung erzielt. Soweit die Verteilung der 20 v. H. in Frage kommt, sollen 10 v. H. dem Wohnungsbau und 9 v. H. dem Hauswirts zur Bestreitung der erhöhten Steuern und sonstigen Kosten, und 1 v. H. der Wohlfahrtspflege zugewandt werden. Die Verordnung zur Vorkauf der Wohnungswirtschaft ist der Reichsregierung zur Zustimmung unterbreitet worden. Die Vermögenssteuervorlage soll sofort dem Landtag unterbreitet werden.

Von der jetzt durchgeführten Erhöhung von 10 Prozent am 1. April sollen die Hausbesitzer 5 Prozent erhalten, am 1. Oktober dann noch 4 Prozent dazu. Jetzt sollen 5 Prozent und dann weitere 5 Prozent zum Wohnungsbau verwendet werden. 1 Prozent geht an die Fürsorgeverbände. Auf jeden Fall machen das beste Geschäft die Hausbesitzer. Trotzdem die Hausbesitzer jetzt nicht einmal Hypothekenzinsen zu zahlen haben, da

diese erst ab Januar 1928 in Kraft treten, dieses Geschäft an die Hausbesitzer!

Gleichzeitig wird eine Vorkauf der Zwangswirtschaft durchgeführt. Wir hatten schon mitgeteilt, daß die Regierung die großen Wohnungen von der Zwangswirtschaft ausnehmen will. Jetzt teilt man von Regierungsstelle mit:

In Dresden und Leipzig sollen die Wohnungen mit einer Miete über 2500 RM herausgenommen werden, in den übrigen Orten der Ostschlesien A die Wohnungen mit Miete über 1800 RM, in der Ostschlesien B die Wohnungen mit Miete über 1200 RM, in C über 800 RM und in D über 600 RM jährliche Mietzinsmiete.

In den Landgemeinden bedeutet das, daß schon kleinere Wohnungen aus dem Mieterschutz herausgenommen werden. Die Maßnahmen der sächsischen Regierung muß aber den gesamten Mieterkampf auf das Schwerste gefährden. Die Mieter der großen Wohnungen werden diese Vorhaben oder herausgeholt werden und dann auf die niedrigen Wohnungen drücken. Der erste Schritt zur Aufhebung der gesamten Zwangswirtschaft ist damit getan. Wussten aber die durchgeführte Mieterhöhung zum Wohnungsbau zu benutzen, wirft man sie zur Hälfte den Hausbesitzern als Geschenk hin.

Die Wirtschaftspartei zeigt deutlich, wie sie die Interessen des gewerkschaftlichen Mittelstandes vertritt. Aber auch die Aufwärtler, die Partei für Volkrecht, zeigt, daß sie in faktischer Abhängigkeit von den Unternehmern für die Hausbesitzer eintritt. Ohne die Unterstützung dieser Partei konnte die Maßnahmen der Regierung nicht durchgeführt werden. Bei diesen Parteien mag sich die Mieterchaft bedenken.

Kleinrentner und Wohnungsmieter werden sehr erkennen, wer ihre Interessen vertritt. Die Arbeiterchaft aber muß auf diesen neuen Anschlag auf ihre Taschen mit einem ernstlichen und entschiedenen Kampf um Lohn- und Mietenerhöhung antworten.

## Die „Einken“ in den Gewerkschaften

E. M. „Kerkungen und vergessen ist heute der schroffe Meinungsaustrausch. Die Jüngeren, die nicht an die Quelle der Parteigeschichte zurückgehen können, haben bloß eine dunkle Ahnung von der Schroffheit, von der Gefährlichkeit, mit der sich die Sozialdemokratie und Eisenacher bekämpften.“

Diese Sätze schreibt Adolf Braun in seiner Arbeit „Die Gewerkschaften, ihre Entwicklung und Kämpfe“. So wie die politische Bewegung war auch die Gewerkschaftsbewegung in ihrer Jugendzeit gespalten und von Kämpfen durchzogen. Nach dem Vereinigungskongress in Göttingen 1875, auch noch nach dem Falle des Sozialistengesetzes 1890 wurden in der deutschen Gewerkschaftsbewegung Streitigkeiten mit rücksichtsloser persönlicher Polemik ausgetragen.

Paul Umbreit, der jahrelangste Redakteur am Korrespondenzblatt der Gewerkschaften, schreibt in seiner „Einkerkung“ zum 25jährigen Jubiläum der Begründung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands über den Kerkungsstreit innerhalb der Gewerkschaftsbewegung, daß dieser Streit von der Parteipresse „mit leidenschaftlicher Heftigkeit und persönlichen Angriffen gegen die Gewerkschaftsführer ausgefochten wurde“. Es gab damals noch keine kommunistischen Zeitungen (!), und doch wurde nach Umbreit „von den Gewerkschaftsführern als von Kleinrentnern, Verleumdern, Diktatoren, Spießhauern, verkommenen Kreaturen“ usw. gesprochen.

Jeder Arbeiter, der die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung kennt, weiß, daß in ihr seit jeher geistige Strömungen vorhanden waren, die in der Vorkriegszeit sich viel heftiger in den Haaren lagen, als die politischen Richtungen von heute, obwohl es damals nur die Sozialdemokratie als politische Partei der Arbeiter gab.

Wie wir in der Dresdner Volkszeitung Nr. 67 vom 21. März 1927 lesen müssen: „Unter dem Diktandum „Opposition“ wird alle Gewerkschaftsarbeit heruntergerissen, dem tätigen Gewerkschaftsfunktionär die Arbeit verweigert“ usw., doch tritt ein Redaktionsmitglied, mit Sachkenntnis aus dem Werden und Wirken der Gewerkschaftsbewegung nicht behaftet, habe diesen Unstimmigkeiten zusammengelächelt.

Nicht mit den Ungereimlichkeiten, die dieser Volkszeitungs-Artikel enthält, wollen wir uns beschäftigen. Vielmehr sehen wir unsere Aufgabe darin, den Dresdner Metallarbeitern zu zeigen, in welcher verantwortungsvollen Weise die Ortsverwaltung des DMB Dresden „arbeitet“. In einem Rundbrief an die DMB-Vertrauensleute wendet die unter Hüller und Händel stehende Ortsverwaltung des DMB ganze 13 (dreizehn) Zeilen auf für die rund 100.000 Metallarbeiter umfassen gegenwärtige Tarifbewegung. Dieses Wenige ist noch fehlerhaft; es weiß die Kleinbürgerlich-reformistische Einstellung der Bevollmächtigten im Dresdner DMB offen nach, indem sie den Begriff „Arbeitgeber“ im Sinne der Bourgeoisie verbreiten helfen.

Nach der Gewerkschaftswissenschaft, die Karl Marx der Arbeiterbewegung vererbte, sind die Arbeiter die Arbeitgeber und die Unternehmer die Arbeitnehmer, weil die Arbeiter als Lohn nur einen Teil der Arbeit, die sie leisten, bezahlt erhalten, ihre Mehrarbeit also den Unternehmern geben, die diese Mehrarbeit als Profit ohne Bezahlung nehmen.

Ganze 13 Zeilen wendet also die linkssozialdemokratische Ortsverwaltung des DMB auf für die Tarifbewegung, die die gesamte Metallarbeiterkraft in Atem hält. Einer anderen Sache aber widmet die Ortsverwaltung des DMB größere Aufmerksamkeit, nämlich: dem Kampfe gegen die von den Kommunisten geführte Opposition innerhalb der Gewerkschaften. Sie übernimmt aus der Dresdner Volkszeitung vom 21. März 1927 ohne jede Veränderung die unter der Überschrift „Die Opposition in den Gewerkschaften“ zusammengefassten Ungereimlichkeiten. Darüber hinaus „haut“ sie aus derselben Volkszeitung 11 Absätze von dem Artikel über „Die unerträgliche KPD“, 227 Textzeilen nimmt die Ortsverwaltung des größten Verbandes am Platze aus der SPD-Zeitung, legt ihren Namen „Deutscher Sozialarbeiterverband Betriebsratsschleife Dresden“ darunter, um sie als eigenes Geschöpf zu geben die Opposition zu verdrängen.

Das Verhalten der Hüller und Händel im DMB Dresden ist ein Musterbeispiel, wie linkssozialdemokratische Funktionäre mit den Geldern des Verbandes die Geschäfte ihrer Partei betreiben. Wir fragen die Dresdner Kollegen, ob sie während des Kampfes der Leipziger Metallarbeiter, während der ganzen Kerkung in der sächsischen Metallindustrie, ob sie jetzt während der Tarifbewegung in den Bezirken Ostschlesien und Erzgebirge-Regionen auch nur einen Bruchteil an Material erhalten zur Bewerterzeugung der Bewegung, wie jetzt zum Kampfe gegen die von den Kommunisten geführte Opposition? Wir prophezeien der DMB-Opposition, gegen die die herrschende reformistische Bürokratie auf einmal drei Hand-

## Heiße gegen den NSB

Der feige und brutale Ueberfall der rund 500 Stahlhelmer auf die 25 Roten Frontkämpfer hat eine Erregung innerhalb der gesamten Arbeiterchaft hervorgerufen. Die Stahlhelmerleute fühlen sich dadurch, daß sie von der Polizei begünstigt wurden, überaus stark, sie propagieren die Frontkämpfer weiter. Daß diese sich diese Provokationen nicht mehr gefallen lassen, ist verständlich und eigentlich selbstverständlich. Die bürgerliche Presse, die die Angriffe von Stahlhelmern auf die Arbeiter verschönt, macht aber ein großes Geschrei, wenn die Frontkämpfer sich zur Wehr setzen und den Stahlhelmgelassen Arbeitstöße fühlen lassen. Angeblich sollen in Berlin und Chemnitz Frontkämpfer Stahlhelmeute überfallen haben. Uns liegen darüber keine Meldungen vor.

Wie aber die Mitteilungen der bürgerlichen Presse zu bewerten sind, zeigt eine heute von den Leipziger Neuesten Nachrichten entfaltete Heiße. Nach diesem Heiße sollen angeblich 100 Rote Frontkämpfer 8 Stahlhelmeute, die sich in Marktberg zu einer Demonstration versammelten, überfallen haben.

In Wirklichkeit handelte es sich aber darum, daß in Marktberg eine Kundgebung der Roten Frontkämpfer stattfand, an der circa 80 Mann teilnahmen. Eine größere Anzahl Stahlhelmeute, nach uns zugegangenen Mitteilungen 50 bis 60, hat sich vor einem Lokal versammelt, um wie vermerkt, zu einer Demonstration zu stehen. Bei dem Ausmarsch aus dem Lokal trafen die Stahlhelmer auf die Frontkämpfer und gingen an, die Roten Frontkämpfer zu provozieren. Dabei kam es zu einem Handgemenge, in dessen Verlauf diesmal die Arbeiterfäuste Siegt blieben.

Diesen Anlaß benutzten die Leipziger Neuesten Nachrichten zu einer wilden Heiße und Schimpferei gegen Rote Frontkämpfer und Kommunisten.

Jeder ehrliche Arbeiter wird sich mit Abscheu von diesem Heiße wenden, daß den Ueberfall der 500 Stahlhelmer auf 25 Rote Frontkämpfer billigte, jetzt aber in ein großes Geschrei ausbricht, wo die Roten Frontkämpfer sich gegen den Terror zur Wehr setzen.

### Der sozialdemokratische Polizeipräsident Fleißner verbietet die Roten Frontkämpferkundgebungen

Leipzig, 27. März.  
Das Polizeipräsidium hat aus Sicherheitspolizeilichen Gründen den Roten Frontkämpfern Umzüge und Wagenfahrten für den 25. und 26. 3. innerhalb des Stadtgebietes verboten. Das Verbot stützt sich auf die Tatsache, daß während der letzten Wochen von Angehörigen des Roten Frontkämpferbundes zahl-

reiche Ueberfälle auf politisch andersdenkende Personen unternommen worden sind.

### Westdeutsches NSB-Treffen

2000 Frontkämpfer in Düsseldorf  
Düsseldorf, 28. März (Eigene Drahtmeldung)  
Am Sonntag fand in Düsseldorf das westdeutsche Treffen des NSB statt. Aus fernen Gauen trug Auto auf Auto von NSB-Kameraden ein. Am Sonntag vormittag gegen die einzelnen Abteilungen nach den Abteilungen, nachmittags 2 Uhr waren etwa 2000 Rote Frontkämpfer verammelt. Nach verschiedenen, mit großem Beifall aufgenommenen Reden formierte sich ein Kundgebungskontingents, in dem Rabun und Schiller mit der Aufschrift „Gegen die imperialistische Kriegswirtschaft für die Gewerkschaftseligkeit“ für den Kampf um den „Wahlfriedensweg“ mitgeführt wurden. Die Polizei hatte ein großes Aufgebot in der Stadt verteilt. In Zusammenhängen ist es nicht gekommen.

### Rückkehr in die Klassenfront

Am Sonnabend, dem 26. März, trafe der Genosse Kerk in Leipzig ein, nach 3-jähriger Gefängnisstrafe in unierer Reihen zurück. Genosse Kerkens ist auch im Gefängnis ein Klassenkämpfer geblieben. Wir begrüßen ihn zu neuem Kampf an unserer Seite.



Die in Richterliche von den Faschisten in vielfacher Weise verlebte Frontkämpferkapelle. (Die übrigen Mitglieder liegen noch heute schwerverletzt im Krankenhaus.)

**Demonstriert heute Montag, 28. März, abends 6 Uhr große Kundgebung auf dem Schützenplatz gegen den Faschistenterror!**  
**Massen heraus!**